

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 38 (1959)
Heft: 7

Buchbesprechung: Blick in die Zeitschriften

Autor: Fabian, Walter

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

der Zölle und Kontingente für industrielle Güter – für die Landwirtschaft ist noch eine besondere Regelung zu treffen – innerhalb von zehn Jahren vor. Am 1. Juli 1960 soll eine erste Zollreduktion von 20 Prozent erfolgen, also parallel mit den Abbaumaßnahmen des Gemeinsamen Marktes. Die Organisation der kleinen Freihandelszone wird denkbar einfach sein; oberste Instanz wird der Ministerrat. – Die kleine Freihandelszone soll keineswegs zu einer neuen Blockbildung führen, sie ist vielmehr als Übergangslösung für einen gesamteuropäischen Zusammenschluß gedacht.

B. H.

Blick in die Zeitschriften

Im Mai dieses Jahres hielt *Dag Hammarskjöld*, der Generalsekretär der Vereinten Nationen, an der schwedischen Universität Lund vor Professoren und Studenten einen Vortrag, der – vielleicht schon aus sprachlichen Gründen – außerhalb Schwedens leider nicht die ihm zukommende Beachtung fand. Um so dankbarer sind wir der deutschen Gewerkschaftszeitung *«Druck und Papier»* (Nr. 13), daß sie uns einige wichtige Absätze aus diesem Vortrag in deutscher Übertragung vermittelt. Mit einer Anspielung auf das Deutschlandproblem sagte Hammarskjöld:

«Wie überwältigend uns auch heute manche naheliegende Frage erscheinen mag, so ist es doch möglich, daß die Zukunft der Renaissance Afrikas und Asiens in der historischen Entwicklung weit mehr Gewicht beimessen wird als jenen Problemen, die heute in den Tageszeitungen dominieren. Wir haben uns weit entfernt von jener Welt, die sich einmal im Werke Kiplings oder Sven Hedins abspiegelte. Begegnen wir heute ihrem Werk, so sind wir überrascht darüber, wieviel jene bedeutenden Europäer *nicht* gesehen und *nicht* gehört haben, und wie auch ihre sympathischsten Versuche, in eine andere Gedanken- und Gefühlswelt einzudringen, von einer unreflektierten selbstbewußten Überlegenheit geprägt worden waren.»

Hammarskjöld sagte weiter: «Bei der Begegnung der weißen und der farbigen Völker, dem größten kulturellen und politischen Geschehnis unserer Zeit, ist nicht nur die Welt der Weißen der gebende Teil. Sie kann im Gegenteil ihr Kulturbewußtsein erweitern und mit Gewinn andere Traditionen absorbieren, und das, ohne in das Gefühl der Unruhe und der geistigen Aufsplitterung zu geraten, denen die führenden Schichten der farbigen Völker heute ausgesetzt sind. – In diesem Zusammenhang ist *Solidarität* das große Schlüsselwort, und es ist für mich die Antwort auf die irritierenden Fragen und Reaktionen, denen ich so oft begegne, vor allem bei jenen, die sich in der Vergangenheit verankert haben und die jeden Europäer, der den Verlust der Machtstellung Europas nicht beweint, beinahe als einen Verräter betrachten.»

Wenn man diese Sätze überdenkt, wird man Martin Grill zustimmen, der in *«Druck und Papier»* feststellt, Hammarskjöld gehöre zu den wenigen großen Persönlichkeiten unserer Zeit, die in einer verantwortungsvollen Arbeit nicht erstarrten, sondern an ihr wachsen.

*

Unter dem Titel *«Dieser Krieg ist nicht zu gewinnen»* zieht der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Peter Blachstein im *«Vorwärts»* (26. Juni 1959), dem Organ der SPD, das Fazit einer Reise, die er zusammen mit anderen Abgeordneten durch Algerien unternommen hat. Wir müssen uns damit begnügen, einige besonders wichtige Stellen dieser großangelegten Analyse des Algerienproblems zu zitieren:

«Es ist keine innere Angelegenheit Frankreichs, wenn in Nordafrika Krieg geführt wird. Es ist keine innere Angelegenheit Frankreichs, wenn mit NATO-Divisionen und amerikanischen Waffen der Friede im Mittelmeer ernsthaft und andauernd gefährdet wird. Es ist auch nicht mehr nur eine innere Angelegenheit Frankreichs, wenn sich der algerische Krieg verheerend auf das Verhältnis aller europäischen Völker zu den Völkern Afrikas und des Nahen Ostens auswirkt... Nordafrika strebt nach Einheit und kann sie nur finden, wenn der letzte Teil der arabischen Welt, der seine Freiheit noch nicht erhalten hat, selbständig wird... Je eher Frankreich seine unhaltbare These aufgibt, daß Algerien ein Teil Frankreichs sei, um so größer ist die Chance, daß die heute noch entscheidenden gemäßigten algerischen Politiker sich für eine enge Zusammenarbeit eines föderierten Nordafrika mit Frankreich einsetzen werden... Frankreich kann militärisch nicht siegen, aber es kann diesen Streit ehrenvoll abschließen.»

Weiter konstatiert Blachstein: «Das große Geschäft in Afrika lockt. Auch eine bundeseigene Gesellschaft bohrt neben vielen andern in Algerien nach Öl. Der algerische Krieg riecht nach Öl und Erdgas. Es herrscht Kriegs- und Ölkonjunktur in diesem vom Krieg gepeinigten Land. Sie sind alle da, die großen Ölkonzerne. Gewaltige Projekte von Ölleitungen, Erdgasleitungen, neuen Industrien, neuen Städten, neuen Bodenkulturen werden entwickelt. Nur die eingeborene Bevölkerung des Landes ist dabei unbeteiligt oder das Opfer rücksichtsloser Umsiedlungsmaßnahmen...»

Abschließend schreibt der sozialdemokratische Politiker: «Für uns kann es nur eine Aufgabe geben in diesem Konflikt, den Besonnenen auf beiden Seiten zu raten: beendet diesen schrecklichen Krieg! Wir möchten mit Frankreich am friedlichen Aufbau Nordafrikas arbeiten. Uns Sozialisten erfüllt der brennende Wunsch, daß es jenen französischen Sozialisten und Demokraten, die Algeriens Recht auf Freiheit anerkennen, bald gelingen möge, den Krieg in Nordafrika zu beenden. Uns schmerzt es, als Europäer diesen Krieg nicht verhindern zu können. Uns bleibt die Pflicht, die Wahrheit zu sagen und den Opfern des Krieges Hilfe zu leisten.»

Günstiger sieht es in Marokko aus. Im «*Gewerkschafter*» (Nr. 6), der Monatsschrift für die Funktionäre der IG Metall, berichtet Dr. *Wolf Donner* in einer fesselnden, mit besonders eindrucksvollen Photos illustrierten Reportage über das heutige Marokko. Wir müssen uns damit begnügen, einige Sätze aus seinen Feststellungen über die marokkanische Gewerkschaftsbewegung wiederzugeben:

«Bei noch nicht einer Million Arbeitern zählt der marokkanische Gewerkschaftsbund UMT immerhin 600 000 Mitglieder. Sie sind in fachlichen Einzelgewerkschaften organisiert, die ihrerseits in der Union Marocaine du Travail (UMT) zusammengeschlossen sind. Die Gewerkschaft ist stark und sehr fortschrittlich eingestellt und steht augenblicklich hinter der Übergangsregierung Ibrahim, die durch Wahlen bestätigt oder abgelöst werden soll. – Der Mangel an Kadern erschwert die Gewerkschaftsarbeit. UMT ist deshalb gleich nach der Gründung 1955 daran gegangen, in Kursen Führungskräfte heranzubilden. Es finden drei bis vier Lehrgänge im Jahr statt, die 20 bis 30 Tage dauern und deren Themen denen an unseren Gewerkschaftsschulen ähneln. Auch Delegationsbesuche im Ausland werden sehr geschätzt, damit die Gewerkschaftsführer ihren Blick weiten können. Bis jetzt sind etwa 100 Delegationen ins Ausland gefahren. – Frauen und Jugendliche stehen gleichberechtigt in der Gewerkschaftsbewegung. Die Industrialisierung und die Mitarbeit in der Verwaltung eröffnet auch der marokkanischen Frau, die bislang in großer Abgeschiedenheit lebte, den Weg in die Gesellschaft von morgen. Allerdings lebt sie noch in einer Übergangszeit und steht zwischen Tradition und Fortschritt. Das tritt am deutlichsten in der Art und Weise zutage, in der sie sich des Schleiers bedient. Bei der Arbeit im Betrieb wird der Schleier auch in Gegenwart der männlichen Arbeitskollegen nicht getragen. Vor dem Betreten der Straße nach Feierabend wird er aber noch immer vom größten Teil der Frauen angelegt. Auch Gewerk-

schaftsführerinnen legen beim Verlassen des Gewerkschaftsgebäudes den Schleier vielfach wieder an.»

Abschließend bemerkt Dr. Donner, daß der marokkanische Arbeiter, jedenfalls in den Städten, in den nächsten Jahren eine entscheidende geistige Wandlung durchmachen werde. Mit dem steigenden Weitblick der Massen werde es zu einem steigenden Selbstbewußtsein der Arbeiterschaft kommen, die mit zunehmender Qualifikation ihrer Arbeitskraft auch in der Lage sein werde, weitere Ansprüche anzumelden und zu vertreten: «Wer bei der Maidemonstration dieses Jahres den Ausdruck des Lebenswillens und des Berufsstolzes der marokkanischen Werktätigen erlebt hat, sieht mit Optimismus die weiteren Entwicklung dieses Landes entgegen.»

*

Zur kürzlich erfolgten Gründung des sogenannten Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands (CGB) veröffentlicht Heinz Theo Risse in der «*Welt der Arbeit*» (Nr. 28) eine überzeugende Analyse, der wir folgende Feststellungen und Überlegungen entnehmen:

«Verschiedene Verbände und Splittergruppen haben sich jetzt in Mainz zu einem Dachverband zusammengeschlossen. Da sie recht unterschiedliche Traditionen verkörpern und in ihrer gewerkschafts- und sozialpolitischen Zielsetzung kaum unter einen Hut zu bringen sind, hat dieser ‚Christliche Gewerkschaftsbund‘ nicht das Industrieverbandsprinzip übernommen, wie es im Deutschen Gewerkschaftsbund mit guten Gründen eingeführt worden ist (und wie es im übrigen den Vorstellungen der christlichen Soziallehre von einer leistungsgemeinschaftlichen Ordnung am ehesten entspräche). Er hat sich, wie es früher üblich war, nach Berufsverbänden gegliedert.»

Risse stellt dann fest, daß in dem neuen Vorstand die CDG-Gruppe, von der die Initiative zu einer christlichen Richtungsgewerkschaft ausgegangen war, in der Minderheit geblieben ist: «Das hat weitreichende Konsequenzen. Die CDG-Gruppe beruft sich immerhin weitgehend auf die Tradition des deutschen Sozialkatholizismus, während der Deutsche Handels- und Industrieangestellten-Verband (DHV) durchaus konservative, ja zum Teil reaktionäre Traditionen verkörpert; dessen Vorfahren wiesen vor dem Ersten Weltkrieg nationalistische und antisemitische Tendenzen auf und bekennen sich auch heute noch zu einer ‚christlich-nationalen Grundlage‘. Wie allein diese beiden Gruppen an einem Strang ziehen wollen, wird sich erst noch zeigen müssen.»

Weiter untersucht Risse anhand der Mitgliederzahlen die Frage, welches Gewicht dem CGB künftig zukomme. Er konstatiert: «Von der Gesamtzahl der organisierten Arbeitnehmerschaft sind, den Deutschen Beamtenbund nicht gerechnet, 9,3 vH im DGB, 6,4 vH in der DAG und 2,3 vH im CGB organisiert. Reichen also die Mitgliederzahlen nicht aus, um der Dachorganisation der christlichen Gewerkschaften den Rang einer gesellschaftspolitisch wirksamen Kraft zu verleihen, so erhebt sich die Frage, welchen Wert die Neugründung haben kann. Die Führung des CGB hat sich in Mainz als Traditionsträger der alten Christlichen Gewerkschaften ausgegeben und aus dieser Vergangenheit Mut für die eigene Zukunft schöpfen wollen. Nun wäre es gewiß schlimm um die deutsche Gewerkschaftsbewegung bestellt, wenn die christlich-soziale Tradition nicht mehr mit genügendem Gewicht in ihr vertreten wäre. Aber gerade die christlichen Gewerkschaftsführer, von Adam Stegerwald bis zu Jakob Kaiser und Karl Arnold, haben sich nach den Erfahrungen der zwanziger Jahre und besonders des Jahres 1933 zum Gedanken der Einheitsgewerkschaft bekannt. Es wäre nichts als ein simpler Taschenspielertrick, wollte der CGB jetzt behaupten, die 1933 unterbrochene Gewerkschaftstradition sei erst im Jahre 1955 oder 1959 wieder aufgenommen worden; in Wirklichkeit stand sie schon bald nach 1945 und erst recht 1949 mit Pate, als der Deutsche Gewerkschaftsbund gegründet wurde. Nein: *In Mainz hat keine Zukunft begonnen.*»

Walter Fabian